

sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschafter in Bewegung geraten sind. In vielen Versammlungen und Konferenzen geben sie in heftigen Diskussionen ihren Unmut über die Parteiführung und deren Politik kund. Sie sagen mit Recht, das Maß sei für sie voll.

Es hat eine heftige Diskussion in der Sozialdemokratischen Partei über grundsätzliche Fragen eingesetzt. Der Parteivorstand der SPD wird mit Entschließungen und Resolutionen überschüttet, in welchen die Arbeiter Abkehr von der bisherigen Politik fordern.

Die Kölner Jungsozialisten und die Kreisparteiorganisation der SPD, Köln, haben ein flammendes Manifest gegen die Politik des Parteivorstandes angenommen und die Rückkehr zum Marxismus und zum revolutionären Klassenkampf gefordert. Die Empörung der Arbeiter wächst, seitdem die amerikanische Fraktion der SPD gefordert hat, daß die letzten Reste marxistischer Erkenntnisse über Bord geworfen werden müßten. Diese amerikanische Fraktion fordert zur Zeit einen Sonderparteitag und erstrebt die Loslösung der Politik der Abgeordneten in den Parlamenten von der Kontrolle der Mitglieder, der Arbeiterschaft. Die Fraktionen in den Abgeordnetenhäusern sollen in Zukunft vollständig souverän entscheiden, ohne der Mitgliedschaft gegenüber verantwortlich zu sein. Die Partei würde also in Zukunft zu einer Anzahl von Wahlvereinen noch mehr herabgewürdigt.

Die Jungsozialisten von Köln wenden sich mit Recht gegen jede Art von Remilitarisierung, da sie ebenso berechtigt erklären, daß dies in der heutigen Welt sinnlos sei, da der neue Militarismus nur dazu diene, die Macht des Besitzbürgertums gegen die Arbeiter zu stärken.

In den letzten Monaten haben uns Tausende Arbeiter aus der Bonner Bundesrepublik besucht. Sie sind teilweise wochenlang bei uns gewesen und haben sich von unseren großen Leistungen und unserem festen Willen, für die Einheit Deutschlands und den Frieden zu kämpfen, überzeugt. Sie alle werden in ihrer Heimat Propagandisten gegen die Lügen sein, die im Westen über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik verbreitet werden.

Ich habe in den letzten Tagen mit vielen sozialdemokratischen Arbeitern diskutiert, die sich unsere volkseigenen Betriebe angesehen und mit unseren Arbeitern diskutiert haben. Ich möchte zum Aus-